

Mitten in Europa – Manifest zum Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union

Zum Geleit

Die Schweiz liegt im Herzen Europas. Die Geografie ist und prägt ihr Schicksal. Ihre Geschichte, ihre Kultur, die staatspolitischen Grundwerte sind eng mit jenen der Nachbarländer und der übrigen europäischen Staaten verbunden. Die Schweiz ist kein Sonderfall.

Trotzdem ist die europäische Politik der Schweiz festgefahren. Dies zeigt sich auch bei der aktuellen Diskussion um ein Rahmenabkommen. Der Abschluss eines Rahmenabkommens und eine damit verbundene verstärkte Integration der Schweiz ist die logische Weiterentwicklung der bilateralen Verträge. Der bilaterale Weg – gestützt auf etwa 120 Abkommen – erlaubt es der Schweiz aber nicht, sich am europäischen Aufbau zu beteiligen. Damit verliert unser Land an Einfluss und Mitsprache bei europäischen Entscheidungen, welche die Schweiz und ihr Schicksal direkt betreffen.

Europaskeptikerinnen und Europaskeptiker beklagen im Falle eines EU-Beitritts den vermeintlichen Verlust direktdemokratischer Rechte. Sie betrachten den Status Quo mit dem schon erreichten Zugang zum EU-Markt als das höchste anzustrebende Ziel. Sie beschwören den angeblichen Moloch in Brüssel und blasen zum Rückzug in Isolation und Nationalismus.

Die schweizerischen Parteien agieren ohne positive Vision und deshalb orientierungslos oder gar rückwärtsgewandt. Eine zukunftsweisende, progressive Europapolitik ist nicht gefragt. Sie berufen sich auf die Ängste und Zweifel in der öffentlichen Meinung, anstatt diese anzusprechen. Eine solche Europapolitik wird der kulturellen Vielfalt der Schweiz und der damit einhergehenden Weltoffenheit nicht gerecht. Sie vernachlässigt das eminente Eigeninteresse der Schweiz, an der Bewältigung der grossen Herausforderungen der Zukunft mitzuwirken – von Innovation und Digitalisierung bis zu bedrohlichem internationalem Einkommensgefälle, Migrationen und Klimawandel – und zwar als Mitglied einer grösseren Gemeinschaft wie der Europäischen Union.

Wir erhoffen uns vom vorliegenden Manifest zum EU-Beitritt der Schweiz eine neue und erweiterte europapolitische Auseinandersetzung. Neben den Tagesgeschäften, wie den bilateralen Verträgen – insbesondere der Erhalt der Personenfreizügigkeit – und den aktuellen Initiativen, soll der EU-Beitritt als realistische und nachhaltige Option vertieft ausgelotet und diskutiert werden. Stillschweigen und Verdrängen sind keine Antwort auf die weit verbreitete EU-Ablehnung und die Phobie gegen alles, was von der EU kommt.

Nur ein klares Bekenntnis zu einer offenen Schweiz gegenüber Europa und eine kritische und engagierte Auseinandersetzung mit der Entwicklung der EU bringen uns weiter.

Gegen populistische Tendenzen und Nationalismus ist eine offene europapolitische Debatte – auch zum Thema EU-Beitritt als mögliche Option – zentral.

Dieses Manifest soll dazu einen Beitrag leisten.

Der EU-Beitritt mag aus heutiger Sicht eine Vision sein. Aber nur Visionen verändern die Realität.

Februar 2019

Thesen für den EU-Beitritt

These 1: Die Schweiz gehört zu Europa

Europas Einheit ist ein Wert an sich. Die Europäische Union vereint Europa politisch und wirtschaftlich. Die Schweiz muss Teil davon sein.

Die Schweiz liegt im Zentrum Europas. Sie ist in vielfältiger Weise mit den europäischen Ländern verflochten und auf sie angewiesen.

Die EU ist aus den Lehren des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen. Sie hat Europa nicht nur dauerhaften Frieden, sondern auch politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität gebracht. Nach dem Fall der Mauer hat es die Europäische Union vermocht, diese Zone der Stabilität und Zusammenarbeit auch auf die mittel- und osteuropäischen Staaten auszuweiten. Die Schweiz profitiert in jeder Hinsicht von diesen Errungenschaften.

Die Schweiz ist Teil Europas, profitiert von den Errungenschaften der EU und steht damit in der Verantwortung, einen solidarischen Beitrag daran zu leisten und ihre Pflichten zu übernehmen. Dies ist aber nur als EU-Mitglied möglich.

These 2: Die Schweiz stärkt die Demokratie und den Föderalismus in der EU

Die Schweiz kann ihre Erfahrungen mit demokratischen Prozessen in einem Land mit mehreren Sprachen und Kulturen auch in der EU nutzbar einbringen.

Staatspolitisch bedingte Differenzen und Konflikte unter Mitgliedstaaten gehören zum normalen politischen Prozess. Spannungen und Konflikte zwischen Kantonen oder Sprachgemeinschaften und Regionen gibt es auch bei uns. Die Schweiz kann und soll die Vorteile und Lehren aus ihrer staatspolitischen Struktur offensiv darstellen und zur Verfügung stellen.

Direkte Demokratie und Föderalismus sind Vorteile des politischen Systems der Schweiz. Sie bilden kein Hindernis für einen EU-Beitritt, sie sind vielmehr ein Argument dafür. Als Mitglied der EU kann die Schweiz eine wichtige Rolle als Impulsgeberin für deren weitere Demokratisierung und Föderalisierung übernehmen.

Auch in Mitgliedstaaten der EU werden Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte durch nationalistische Kräfte in Frage gestellt. Aufgrund der rechtlich und finanziell engen Bindungen können solche Angriffe durch die EU und die anderen Mitgliedstaaten viel wirksamer abgewehrt werden, als es von ausserhalb der EU möglich ist.

An diesem wirksamen Schutz der Grundwerte, denen auch die Schweiz verpflichtet ist, muss sich unser Land stärker beteiligen, auch dies setzt eine EU-Mitgliedschaft voraus.

These 3: Mitbestimmung und -verantwortung in der EU auch für die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz in der EU verletzt die politische Würde der schweizerischen Staatsbürgerinnen und -bürger. Die politische Einflussnahme auf eine rechtliche und politische Ordnung ist ihnen verwehrt, obwohl das EU-Recht in weiten Teilen auf sie anwendbar ist.

Die Schweiz sieht sich in vielen Bereichen gezwungen, europäische Gesetze zu übernehmen. Ihre Bürgerinnen und Bürger können aber nicht mitreden und schon gar nicht mitbestimmen. Mit dem «autonomen Nachvollzug» verliert die Schweiz mehr und mehr an Souveränität. Ein Zustand, der einer der ältesten Demokratien unwürdig ist.

Mitbestimmung drängt sich angesichts der fortschreitenden und andauernden Integration immer mehr auf; sie ist aber nur bei voller Mitgliedschaft möglich.

2019 wird das Europaparlament gewählt. Die Schweiz stellt als Nichtmitglied der EU keine Kandidatinnen und Kandidaten. Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben kein Wahlrecht.

Die Schweiz soll als souveräner Staat und Mitglied in der EU mitbestimmen und wählen können.

These 4: Wirtschaftliche Prosperität für die Schweiz in der EU

Die Schweizer Wirtschaft ist Teil des europäischen Binnenmarkts. Im Handel ist sie zunehmend über Wertschöpfungsketten verflochten, die schweizerische Unternehmen selbst aufbauen oder an denen sie beteiligt sind. Rund drei Viertel aller importierten Waren gelangen aus EU-Ländern in die Schweiz. Über 50 Prozent der Schweizer Waren werden in EU-Länder ausgeführt. Die gegenseitigen Investitionen und der Handel von Dienstleistungen sind beträchtlich.

Diese Verflechtung trägt wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg und der Wohlfahrt unseres Landes bei. Es verbleiben aber noch einige Hindernisse zum vollen Marktzugang in einzelnen Sektoren und es werden neue entstehen durch die Weiterentwicklung der EU. Auch gilt es, die gemeinsame Infrastruktur – zum Beispiel in den Bereichen Transport und Energie – weiter zu entwickeln.

Eine besondere Rolle kommt der Personenfreizügigkeit zu – dem gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie ist einer der vier Grundpfeiler des gemeinsamen Marktes. In der Schweiz ermöglicht sie schon heute, Personalengpässe zu vermeiden. Sie stärkt damit Effizienz und Innovationskraft der Wirtschaft. Auch nutzen Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, in EU-Ländern zu arbeiten, ohne gegenüber lokal Beschäftigten benachteiligt zu werden. Entscheidend ist, dass dabei die lokalen Arbeitsbedingungen und Löhne eingehalten werden. Nur durch die EU-Mitgliedschaft können die Personenfreizügigkeit und der Arbeitnehmerschutz dauernd gesichert werden.

Als Mitglied der EU kann die Schweiz gleichberechtigt die europäische Wirtschaftspolitik und zwischenstaatliche Infrastrukturprojekte mitgestalten und den unbeschränkten Marktzugang dauernd sichern.

These 5: Innovation und Forschung gemeinsam mit der EU

Innovation in neue Technologien ist heute der Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa. Die Schweiz kann ihre Spitzenposition nur halten, wenn sie eng mit europäischen Forschungsstellen und Unternehmen zusammenarbeitet. Nur so kann sie mit der Dynamik in anderen Weltteilen und grossen Volkswirtschaften Schritt halten.

Die Schweiz nahm von 1987 bis 2014 uneingeschränkt am Erasmus-Programm teil. Die EU-Kommission beschloss dann den Ausschluss der Schweiz. Grund dafür war die Schweizer Abstimmung im Februar 2014, welche eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit einführte. Übergangsregelungen konnten seither den Austausch von Studierenden und Lernenden, die Beteiligung an gemeinsamen Forschungs- und Bildungsprojekten und die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge gewährleisten.

Nur, wenn die Schweiz EU-Mitglied ist, können schweizerische Wissenschaft und Unternehmen voll von der Förderung von Forschung und Entwicklung in der EU profitieren. Programme wie Erasmus sind nur so nachhaltig gesichert. Mit einer EU-Mitgliedschaft werden Partnerschaften im EU-Raum in Forschung und Bildung und damit der Innovationsstandort Schweiz nachhaltig gestärkt.

These 6: Die Schweiz gewinnt sozialpolitisch in der EU

Die EU ist sozialpolitisch fortschrittlicher als die Schweiz – trotz bestehender Defizite und ultra-liberaler Tendenzen in gewissen Mitgliedstaaten, die sich auch in einzelnen EU-Entscheiden widerspiegeln. So kommen zum Beispiel der Arbeitnehmerschutz, die Harmonisierung des Arbeitsmarkt- und Sozialrechts sowie die Mitwirkungsrechte in der EU den Arbeitnehmenden stärker entgegen.

Neue Bürgerrechte werden gegenwärtig in der EU verhandelt. Im November 2017 hat der Göteborg-Gipfel ein europäisches Bündel von Sozialrechten beschlossen. Drei Bereiche wurden definiert: Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen sowie sozialer Schutz und Integration – wie zum Beispiel Mindestlohn, Altersvorsorge, Arbeitslosenversicherung und soziale öffentliche Dienstleistungen. Schliesslich wurde die Richtlinie für die kurzfristige Entsendung von Arbeiterinnen und Arbeitern in andere EU-Länder so revidiert, dass die Maxime gilt, dass «für die gleiche Arbeit am gleichen Ort der gleiche Lohn bezahlt» werden muss. Die Bildung einer europäischen Aufsicht ab 2019 erlaubt eine bessere Koordination mit den nationalen Verantwortlichen (Kampf gegen Missbrauch und grenzüberschreitende Kontrollen).

Die Schweiz profitiert mit dem EU-Beitritt von fortschrittlichen sozialpolitischen Errungenschaften.

These 7: Die Schweiz in einer geeinten und global starken EU

Die EU vereint einen Kontinent mit weitgehend demokratisch regierten Ländern. Sie vertritt dadurch in der Welt wichtige Werte wie Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates und mit ihrer eigenen noch weiter gehenden Grundrechtecharta gibt die EU in der internationalen Politik eine Antwort auf politisch beängstigende Tendenzen, etwa in den USA, Russland, China oder der Türkei.

Mit der EU-Mitgliedschaft kann die Schweiz bei der dringenden Lösung einer steigenden Zahl regionaler und globaler Probleme ihren Beitrag im Rahmen einer grossen Regionalmacht leisten. Allianzen mit gleichgesinnten Ländern erhöhen den Einfluss unseres Landes, etwa in der Klimapolitik, Terrorismusbekämpfung und bei Migrationsfragen.

Als EU-Mitglied kann die Schweiz ihre politischen Grundwerte aussenpolitisch wirksamer einbringen, als dies als EFTA- oder Drittstaat möglich ist.

These 8: Sicherheit der Schweiz in der EU

Noch nie in ihrer Geschichte war die Schweiz von einer so friedlichen Nachbarschaft umgeben, wie seit Bestehen der Europäischen Union. Diese verleiht unserem Kontinent Sicherheit und Stabilität.

Was harte, militärische Sicherheit anbelangt, ist eine wirkliche Bedrohung nur noch von ausserhalb der Gemeinschaft und gegen die EU als Ganzes vorstellbar. Entsprechend muss die schweizerische Sicherheitspolitik nicht auf Autonomie, sondern Kooperation mit andern europäischen Ländern ausgerichtet werden.

Zu menschlicher Sicherheit im weiteren Sinn gehören Friedensförderung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, humanitäre Politik und eine unabhängige Justiz. Bei der Förderung dieser Bereiche hat die Schweiz eine lange Tradition, auf die wir stolz sind. Aber auch hier können wir in der institutionellen Zusammenarbeit mit europäischen Partnern viel effektiver wirken als im isolierten Alleingang.

Eine zeitgemässe und wirksame Sicherheitspolitik ist nur mit einer EU-Mitgliedschaft möglich.

These 9: Kulturelle Integration der Schweiz – die Willensnation in der Willensunion

Die Schweiz ist eine mehrsprachige Willensnation, die mit drei der grossen europäischen Kulturen verbunden ist. Entsprechend symbiotisch sind die kulturellen Beziehungen aller Art und der Austausch mit unseren Nachbarn. Wenn diese durch Blockaden (Beispiel: Erasmus) und Beschränkungen, etwa im Personenverkehr oder beim intellektuellen Eigentum, beeinträchtigt werden, ist das schweizerische Selbstverständnis im Mark getroffen.

Die EU betrachtet ihre Vielsprachigkeit und ihre verschiedenen Kulturen als einen Grundbestandteil der europäischen Konstruktion: Das Streben nach Einheit in der Vielfalt ist ihr Leitmotiv. Entsprechend vielfältig sind die unter EU-Mitgliedern entwickelten Aktivitäten und Förderungsmassnahmen. Allein schon an diesen teilzunehmen, muss für die Schweiz eine Selbstverständlichkeit sein.

Angesichts des kulturellen Reichtums der Schweiz liegt hier ein typisches Beispiel vor für eine grosse Parallele zwischen der historischen Integration innerhalb der Schweiz und der fortschreitenden Integration Europas.

Als EU-Mitglied kann die Schweiz ihre vielfältigen Erfahrungen im Zusammenführen verschiedener Kulturen, Sprachen, Religionen oder auch Staatsauffassungen für ganz Europa nutzbringend – sozusagen von Willensnation zu Willensunion – einbringen.

Die ad hoc SP-Arbeitsgruppe

Gilbert Casarus, Prof. Dr. Université de Fribourg

Mario Carera, Mitglied der Geschäftsleitung SP Schweiz

Barbara Geiser, lic.phil., aNationalrätin

Christoph Graf, Prof. Dr. phil., ehem. Direktor des Schweiz. Bundesarchivs

Bruno Gurtner, Ökonom

Adrian Hadorn, ehem. Botschafter, Koordinator DEZA (Bolivien, Mosambik)

Gret Haller, Dr.iur., aNationalratspräsidentin

Matthias Meyer, Entwicklungsökonom, ehem. Exekutivdirektor Weltbank und Botschafter (SECO)

Lukas Wegmüller, Generalsekretär Neue europäische Bewegung Schweiz (Nebs)

Daniel Woker, Dr.iur., ehem. Botschafter, Lehrbeauftragter HSG, unabhängiger Kolumnist

Weitere Dokumente

- **Der Preis des Stillstandes ist zu hoch: Die offenen Verhandlungsdossiers Schweiz-EU 2017;** SP Schweiz, Fachkommission für Aussenpolitik, Hintergrundpapier, Fassung vom 29. Juni 2017
- **Roadmap Europa. Die Schweiz braucht gute und stabile Beziehungen zu Europa.** Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 16. April 2016 in La Chaux-de-Fonds und am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 in Thun
- **Europa mitgestalten: Für mehr und eine bessere, soziale EU;** Hintergrundpapier Fachkommission für Aussenpolitik der SP Schweiz verabschiedet am 29. Februar 2016